

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28, Tel.: E 1
Berolina 3481. Geschäftszeit des Verlages von 10 Uhr bis 17 Uhr.
Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 12 bis 15 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Kottbuser Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Seltz-Wilhelm-Pl. Bezahlte Zeitungsfrage, S. a. S. B.
Postfachkonto Berlin NW 272 79

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,— Mark einschließlich Träger-
lohn in Berlin und Osten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar.
Zustellung inkl. Postgebühren 3.50 Mark; Streifenband im Inland sowie nach
Oesterreich, Italien, Dänemark, Dänisch-Westindien und Saargebiet 4.50 Mark,
übrige Länder 4.80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12 Spalten des Monatsheftes 70 Pf. Arbeiter-
organisationen und Gewerkschaften: Seite 40 Pf.
Politik-Anzeigen: Zeitungs- 15 Pf., Heftausgaben 30 Pf. Anzeigen-
preis: Seite 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28, Tel.: (E 1) Berolina 1633, 1614.

Die Stützen der faschistischen Diktatur

Die SPD. stimmt gegen Befreiung der Kopfsteuer, der Ledigensteuer und der Krankenkassenbeiträge — Die Nazis gegen Besteuerung der Millionäre, der Aufsichtsräte und Dividende

Am Dienstagabend wurde im Reichstag die Abstimmung über eine ganze Anzahl von Anträgen nachgeholt, die am Sonntagabend zurückgestellt wurden.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 294 Stimmen der Regierungsparteien und der SPD. gegen 292 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen der kommunistische Antrag auf Streichung der Befreiungsmöglichkeiten der Juli-Vorverordnungen (Kopfsteuer, Ledigensteuer) abgelehnt.

In Einheitsfront stimmte die ganze Meute von der SPD. bis zu den Nazis den kommunistischen Antrag auf Festlegung einer Höchstehaltsgrenze von 8000 Mark und einer Pensionsfestgrenze von 6000 Mark nieder.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde auch der kommunistische Antrag, der eine Sonderbesteuerung der Millionäre, der Dividenden und Aufsichtsratsanteile verlangte, abgelehnt.

Die Nationalsozialisten sind also gegen die Millionärsteuer.

Mit 354 Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und Sozialdemokraten, gegen 162 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten wurde dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der die Streichung der Verschleierung der Arbeitslosenversicherung, wie die Juli-Vorverordnung verlangte und das Reich verpflichten sollte, die erforderlichen

Zuschüsse an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu leisten.

Mit demselben Stimmentverhältnis wurden auch die kommunistischen Anträge, die die Krankenkassen- und Rezeptgebühr befreien wollten, abgelehnt.

Eine vom Anstalt angenommene Entschädigung auf baldmöglichste Aufhebung der Getränkesteuer wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

(Bericht siehe 1. Seite)

3 762 000 Erwerbslose!

Es wird mitgeteilt:
Aus dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. November 1930 geht hervor, daß am 30. November in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Kriegunterstützung rund 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt wurden; das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung.

Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als Erwerbslose zu zählen. d. h. etwa 204 000 oder 5,7 Prozent mehr als am 15. November. Im vorigen Jahre waren am 30. November 2 101 000 Arbeitslose gezählt.

Faschistische Barbarei

„Der Jüngling trägt das Vermächtnis von 2 Millionen Toten in einem Herzen. Laßt es nicht schlafen!“
„Wir leben nicht länger, als dieser Schandfilm, der die deutsche Ehre beleidigt, abgedreht ist.“
So schreien auf der Freikundgebühnen gegen den Nazifilm „Der Untertan“ am 9. Dezember.

Es gibt Ereignisse von solcher Gräueltat, daß sie Entsetzen und Grauen verdrängen. Wir denken an Neuroda, Lindorf, Mandach. Dieser Film, den die Nazis umtoben, rührt die Erinnerung an die Schrecken des imperialistischen Weltkrieges zurück, da kein Tag verging ohne Hefekomben von Leuten. Dem Helmkrieger Goebbels geht es aber um andere Dinge bei diesem Film. Um das „Andenken des deutschen Heeres, der Kriegsschädigten und der Toten des Krieges“. Ist es so?

Es ist nichts als Lüge. Hören wir, was der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann in seinem Buch „Die Moral der Kraft“, herausgegeben vom Verlag Gerhard Hofmann in Weimar, auf Seite 45 bis 46 sagt. In dieser offiziellen Schrift der NSDAP. reden die Führer der „Herrenklasse“ eine andere Sprache, als heute, da sie durch die Beleidigung dieses zwar nazifaschistischen, aber in der Wucht seiner Gehässigkeit unübertroffenen Films, die Aufklärung der neuen Generationen über die Blutorgie des imperialistischen Krieges verhindern wollen. Man kann diese Stelle nicht lesen, ohne von Grauen gepackt zu werden, über so viel Rohheit und Barbarei. Hören wir, nach welchem Rezept die Nazis „unlere kaspernen Feldgrauen“, die zufällig nicht im Kampfgrob anbeten, sondern mit zerstückelten und verflümmelten Knochen „glücklich“ nach Hause zurückkehren, im „Dritten Reich“ „leben“ wollen. Wir lesen:

„Schwer ist es für Kranke und Schwache, sich den Tod selbst zu geben. Zum Selbstmord gehört ein Grad von Zurechnungsfähigkeit und Willenskraft, der den meisten Kranken fehlt. Ist und bleibt die Mittel für einen schnellen, leichten Tod nicht erzielbar.

Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit, im Kampf für das Allgemeinwohl (z. B. im Krieg, D. Med.) eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu werden. War er tapfer genug (!) seine Gesundheit, sein Leben im Kampfe aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den verstorbenen Rest seines Lebens selbst zu enden.

Selbstmord ist die einzige Heilende (!) die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, daß er nie volle Kraft, Gesundheit, den freien Gebrauch seiner Gliedmaßen erreichen kann, soll seine letzte Willenskraft zusammennehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien, und wäre es durch konstante Raucher- oder Drogenvergiftung, wenn er sonst aller anderen Mittel zum Selbstmord beraubt ist. Für jeden Schwächling, für jeden mit chronischer oder vererbbarer Krankheit oder mit Verfallung Befallenen ist Selbstmord die heiligste Pflicht, sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber!“

Auf Seite 48 heißt es weiter:
„Der Staat Sorge streng für die Vernichtung (!) aller Schwächlinge und Kränklinge. Auf jährlichen Kontrollversammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen, die Kranken, Schwachen sind auszuschließen und zu vernichten (!). Aus außerhalb dieser Kontrollversammlungen sei es die Pflicht eines jeden, der sich krank und elend fühlt, sich den Kontrollärzten zu stellen, für jeden, der einen Kranken, elenden Menschen antizipiert. Ihn der Gesundheitspolizei zu melden.“
Die Kontroll- und Selektionsärzte sollen materiell und geistlich so hoch gestellt werden, daß Befehle und Bestim-

Warnnachrichten
aus dem Ruhrgebiet (2. Seite)
*
Remarque und Kulturfaschismus (2. Seite)
*
Der antifaschistische Kampf in Vornau (4. Seite)

Löbe fürchtet das Kellerloch

Wie die SPD. „gegen den Faschismus kämpft“ — Eine Politik der Feigheit und der Niederlage SPD.-Arbeiter, macht Schluß mit dieser Partei

Am Montag sprach der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe im Saalbau Friedrichshain. Die „Rote Fahne“ hatte bekanntlich vorher einige Fragen an ihn gerichtet. Ein kommunistischer Redner wurde nicht zugelassen. Nur faschistische Redner. Das ist charakteristisch für die SPD., daß sie wohl faschistischen, nicht aber kommunistischen Rednern den Mund öffnet. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ gab Löbe auf die Anfragen der „Roten Fahne“ folgende Antwort:

„Die Wahlen vom 14. September setzten uns durch den Sieg der Nationalsozialisten vor die Aussicht, das Gebäude der Regierung Brüning mit einem Kellerloch vertauschen zu müssen.“

Löbe führte dann noch weiter aus, daß die Sozialdemokratie deshalb für Brüning stimme, um dem Kellerloch zu entgehen, womit er eine Regierung Hitler-Hugenberg meint.

Gleichzeitig veröffentlicht das Berliner Organ der freien Gewerkschaften, der „Aufwärts“, einen Artikel unter der Überschrift: „Brüning oder Nazi-Diktatur“. Wir entnehmen daraus die Hauptgründe, womit der „Aufwärts“ die Kapitulation der SPD. vor dem Faschismus zu verteidigen sucht.

„Entweder Brüning mit Artikel 48 oder Hitler mit der Reichsregierung.“

„Bleibt die Regierung Brüning, führt die Arbeiterklasse weiter gegen sie den Kampf mit den Mitteln des Geistes, der parlamentarischen Zustimmung (!) und mit Mitteln, die nicht das ganze Volk jäh zurückerstürzen, dann bleibt diese Arbeiterklasse gerüstet zu weiteren Kämpfen, ihre Organisation bleibt intakt, ihre Kampfkraft bleibt erhalten, um, sobald die Luft weniger vom Giftgas nationalsozialistischer und kommunistischer (!) Fäulniswut erfüllt ist, Beteriores aufzuhalten.“

Fällt aber Brüning, dann kommt die Diktatur Hitlers, gegen die auch die Kommunisten kein Kraut wachsen lassen können: „Ihre Köpfe werden vernünftig zuseh zollen.“ (!)
Die deutschen Arbeiter werden wie eine Hammelherde von den braunbehaarten Horben der Sturmabteilungen zusammengetrieben werden. Sie werden sich das natürlich nicht gefallen lassen. Und das Resultat? Bürgerkrieg in Deutschland.“

Hier haben wir also das ganze „Kampfpogramm“ der SPD.-Führer gegen den Faschismus festzulegen in der Reichstagsrede. Es zeichnet sich durch eine kaum noch zu überbietende Feigheit und Erdärmlichkeit. Herr Löbe fürchtet das Kellerloch, der „Aufwärts“ hängt um die Köpfe der Kommunisten, den Arbeitern wird graulich gemacht vor den braunbehaarten Horben, und schließlich die größte Sorge, es könnte darüber zum Bürgerkrieg kommen.

Angeht es um diese Entwicklung zu verhindern, in Wirklichkeit, um die Verschlechterung des Kapitalismus durch eine Klassenrevolution zu verhindern, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Sonntagabend und gestern wieder positiv für die Regierung Brüning gestimmt, die wir als die erste faschistische Regierung, politisch gesehen, bezeichnen. Sie ist es auch. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, was geschieht, wenn morgen die Brüning-Regierung neue faschistische Gesetze vorgelegt? An den parlamentarischen Verhältnissen wird sich bis dahin nichts geändert haben.

Es ist heute die größte Gefahr für die Arbeiterklasse gegenüber der tatsächlichen faschistischen Diktatur in Deutschland, daß große Teile durch diese Politik der Feigheit sich entwaффnen lassen. Der Bürgerkrieg wird nicht verhindert durch parlamentarische Sitzungsentscheidungen. Die faschistische Diktatur markiert auf den Stufen des parlamentarischen Nichts ohne Rücksicht auf die sozialdemokratischen Führer die Aufmerksamkeiten der Arbeiter auf die parlamentarische Lage. Sie wissen, daß das eine Sackgasse ist.
Die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterklasse, ihre Erhebung gegen die kapitalistische Unterdrückung und faschistische Willkür ist für sie unabsetzbar. Im Hintergrund die Bestimmung, daß nur die Köpfe der Kommunisten rollen werden, während sie ihre begabten „Staatsmännischen“ Köpfe dem Faschismus zur Verfügung stellen werden.
Wir warnen die SPD.-Arbeiter, ihren Führern auf diesem Weg des unvermeidlichen politischen Selbstmordes und der Niederlage zu folgen. Das Giftgas der sozialfaschistischen Politik muß überwunden werden, um den Weg freizumachen zur proletarischen Einheitsfront.